

GRAZER STADTBUDGET: MASSIVE BELASTUNGEN VP-SP schnüren Belastungspaket



Das Grazer Budget 2006 bringt Kürzungen für die Bevölkerung.

Die KPÖ lehnt die Vorgangsweise von ÖVP und SPÖ bei der Budgeterstellung entschieden ab. Die Stadträtinnen Kahr und Monogioudis: „Wir wurden von ÖVP und SPÖ über das Budget 2006 erst wenige Stunden vor seiner Vorstellung an die Medien informiert.“

Die beiden Parteien unterstützen der KPÖ immer wieder, sie würde sich weigern, Verantwortung zu übernehmen und

sich „aus allem heraushalten“. Sie schließen aber durch ihre eigenen Methoden die KPÖ aus dem Entscheidungsprozess aus.

Die KPÖ hat in der Vergangenheit immer wieder auf die drohende finanzielle Entwicklung hingewiesen – zum Beispiel anlässlich der Abwicklung des Kulturhauptstadtjahres und der in diesem Zusammenhang realisierten Projekte oder der Grazer Messe – ohne dass darauf reagiert worden wäre. Jetzt soll die Bevölkerung die Zeche dafür zahlen. Die Landesdruckerei

wird verkauft. Im Jahr 2007 will man den Kanal den Stadtwerken überlassen.

Die Finanzmisere der Stadt Graz ist aber nicht nur hausgemacht. Erschwerend für die Stadt Graz ist die Haltung der Landespolitik. Andere Bundesländer unterstützen ihre Landeshauptstädte z. B. durch Übernahme der Kosten für die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs. Das Land Steiermark darf sich angesichts der katastrophalen Finanzlage seiner Landeshauptstadt nicht aus der Verantwortung ziehen.

Die KPÖ Graz verlangt daher

- Den Verzicht auf die Landesumlage seitens des Landes Steiermark
- Die Schaffung der Voraussetzungen für die Einführung eines Nahverkehrsbeitrages für Unternehmer nach dem Muster der Wiener U-Bahnsteuer zur Finanzierung des ÖPNV und
- die Finanzierung einer Offensive im öffentlichen Wohnbau durch das Land Steiermark.

MEINUNG

Ernest Kaltenegger

Kein Abschied



Erstmals seit 1970 ist die KPÖ wieder im Steiermärkischen Landtag vertreten. Besonderer Dank gilt den Wählerinnen und Wählern aus Graz und Graz-Umgebung. Sie haben dafür gesorgt, dass die KPÖ in diesem Wahlkreis zwei Grundmandate erhielt. Diesen Vertrauensvorschuss gilt es nun zu rechtfertigen.

Die KPÖ-Abgeordneten werden sich auch in den kommenden Jahren besonders für soziale Gerechtigkeit einsetzen. Aber auch andere wichtige Themen wie zum Beispiel der Abbau von Privilegien, Schutz der Grazer Altstadt und Vorrang für Öffentliche Verkehrsmittel werden nicht vernachlässigt werden.

Mit vier Mandaten wurde die KPÖ drittstärkste Partei im Landtag. Dies erfordert eine besondere Konzentration auf die kommenden Aufgaben in

der Landespolitik. Darum wurden auch im Grazer Rathaus die Weichen für die Zukunft gestellt. Mit der bisherigen KPÖ-Klubobfrau im Gemeinderat, Elke Kahr wird eine äußerst engagierte und kompetente Frau künftig als Wohnungstadträtin zur Verfügung stehen. Schon in ihrer bisherigen Arbeit hat sie stets bewiesen, dass der Einsatz für die sozial Schwächeren kein bloßes Lippenbekenntnis ist.

Selbstverständlich werde auch ich weiterhin für die Grazer Bevölkerung da sein. Sie erreichen mich künftig im Landhaus, 3. Stock, Zimmer 383. Am besten ist es, vorher unter der Telefonnummer 877-5106 anzurufen. Der Wechsel vom Rathaus ins Landhaus bedeutet zwar neue Aufgaben, ein Abschied von den Grazerinnen und Grazern ist es jedoch keinesfalls.



Von vollen Kassen kann die Stadt Graz nur träumen...

EU-PRÄSIDENTSCHAFT KOSTET UNS 82 MILLIONEN EURO

Für die EU-Propaganda in Österreich gibt es kein Sparprogramm.

Mit Fernsehwerbung, Plakaten, Broschüren und Veranstaltungen „beglückt“ uns die Regierung in Sachen EU. Das kostet viele Millionen Euro.

Das ist aber gar nichts gegen die Kosten der EU-Präsidentschaft, die aus dem österreichischen Budget – und damit von den Steuerzahlern – beglichen werden müssen.

Insgesamt 82 Millionen Euro (über 1,1 Milliarden Schilling in alter Währung) werden fließen.

Das Außenministerium hat allein 40 Millionen Euro budgetiert. Die Kfz-Flotte, Dolmetschleistungen und ähnliches werden davon bezahlt.

Zusätzlich haben die einzelnen Ministerien innerhalb ihrer Ressorts Gelder für Sach- und Personalausgaben für 2005 und 2006 reserviert. Je nach Aufwand variieren diese Ausgaben zwischen 13,4 Millionen (Innenministerium), 571.208 (Gesundheits- und Frauenministerium) und 60.000 Euro (Justizministerium). Insgesamt ergeben sich knapp 82 Millionen Euro ergeben.